

# INFO TÜRK INFO TÜRK INFO-TÜRK



monatliches blatt • bulletin mensuel • monthly bulletin

65

6 JAHR • PREIS: 3DM • JAHRESABONNEMENT: 30 DM • Postscheckkonto Nr. 3206 36-506 BLZ 370 100 50  
HERAUSGEBER: KOLLEKTIVE - TÜRKEI - 13/2, SQUARE Ch. M. WISER - BRUSSEL • DEUTSCHE  
REDAKTION: VERMEERWEG 17 - 5047 WESSELING - BRD • AUSKUNFTE IN DEUTSCH: (0211) 325 759  
• AUSKUNFTE IN ENGLISCH: (02236) 1786 • V.i.s.d.p.: A. TELLI - Oststrasse 135 - 4000 DUSSELDORF 1



## DIE SCHEINHEILIGKEIT DER TÜRKISCHEN MILITÄRJUNTA

Der zweite Monat im Zeitplan zur „Wiederherstellung der bürgerlichen Ordnung in der Türkei“ war gekennzeichnet durch eine Reihe repressiver Maßnahmen, die einmal mehr die doppelgesichtige Haltung der Militärjunta verdeutlichen.

Die erste im Monat Februar getroffene Maßnahme war ein Bann auf Besuche und Einladungen ausländischer Delegationen wie auf Zitate aus der Presse des Auslands. Dies wird als Gegenreaktion gewertet auf die Resolution des Europarates, die die antidemokratischen Praktiken des türkischen Regimes verurteilt hat.

Die offizielle Meldung des Generalstabschefs der türkischen Armee vom 7. Februar 1982 lautet folgendermaßen:

*„Um die innere und äußere Sicherheit der Türkei gegen Einflüsse zu schützen und um zu gewährleisten, daß die von den Behörden erlassenen Richtlinien und Regelungen in Zukunft eindeutig verstanden werden, sind folgende Punkte beschlossen worden:*

- 1. Vereinigungen, Berufsgruppen, Gewerkschaften, Stiftungen und ähnliche Einrichtungen dürfen keine Repräsentanten oder Delegationen von offiziellen oder inoffiziellen ausländischen Organisationen einladen oder Treffen mit solchen Leuten organisieren, wenn sie dafür nicht die Genehmigung des für ihre Region zuständigen Kriegsrechtskommandanten erhalten haben.*
- 2. Solche Delegationen oder einzelne Vertreter, die ohne eine Einladung in die Türkei kommen, dürfen sich nicht versammeln, keine Kontakte aufnehmen oder Seminare veranstalten etc., wenn sie dafür keine Genehmigung vom vorsitzenden Kriegsrechtskommandanten haben.*
- 3. Das Berichten, Zitieren, Verteilen oder Veröffentlichungen von Rundfunksendungen, Veröffentlichungen oder Artikeln von Radio und Pressemedien außertürkischer Staaten ist nicht erlaubt, wenn diese grundlose Behauptungen, Anklagen, Lügen oder international irreführende Urteile über die gegenwärtige türkische Verwaltung enthalten, auch wenn es sich um Duplikate handelt.“*

Diese neue Herausforderung an demokratische Kräfte in Europa erfolgte, nachdem in der westlichen Presse eine Stellungnahme des früheren Premierminister Ecevit erschienen war, die dieser nach Ablauf seiner Gefängnisstrafe abgegeben hatte. Ecevit, ein 56 Jahre alter Sozialdemokrat, war wegen Verletzung des Verbots für Politiker, öffentliche Stellungnahmen abzugeben, das vom Militärregime erlassen worden war, zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden, wovon ihm ein Monat wegen guter Führung erlassen worden war, so daß er am 1. Februar 1982 entlassen wurde. In dieser Stellungnahme, die von der türkischen Presse nicht zitiert werden konnte, sagte Ecevit: „Ich bin zwar entlassen worden, aber solange die Einschränkungen meiner Freiheit auf Meinungsäußerung andauern, fühle ich mich überall wie im Gefängnis.“ Ecevit bestätigte in seinem implizit militärkritischen Votum das Vorhandensein von Gefahr. Er fügte hinzu: „Ich habe Hoffnung für die Zukunft, weil ich weiß, daß die Mehrheit des türkischen Volkes nicht gewillt ist, als Gegenleistung für Sicherheit seine Freiheit zu opfern, und weil sie der Überzeugung sind, daß ein derartiges Opfer gar nicht erforderlich ist.“ Befragt bezüglich der vor kurzem geäußerten Kritik von Seiten des Europarates an den von der Militärverwaltung praktizierten Menschenrechtsverletzungen äußerte Ecevit: „Meiner Ansicht nach sind diejenigen die wirklichen Feinde des türkischen Volkes, die meinen, daß die Türken dieselbe Demokratie verdienen, die sie selber genießen, und die das Annehmen einer Demokratie zweiter Klasse für die Türkei verweigern.“

Zwei Wochen später, am 13. Februar 1982, gab die Militärjunta das Dekret Nr. 65 heraus, das den Mitgliedern der aufgelösten politischen Parteien das Recht zur persönlichen Meinungsäußerung bezüglich der von der „Beratenden Versammlung“ vorbereiteten neuen Verfassung gab, zugleich aber daran erinnerte, daß dieses Recht nicht für die Vorsitzenden und hochgestellten Beamten der besagten Parteien gelte.

Ein weiteres Beispiel für die doppelgesichtige Haltung der Militärjunta ist die Verhaftung von Mitgliedern des türkischen Friedenskomitees ausgerechnet während des offiziellen Besuchs von General Evren in Bulgarien. Während General Evren von guten Beziehungen zwischen Nachbarstaaten sprach, fand am 24. Februar eine Menschenjagd auf 44 besonders in Erscheinung getretene Teilnehmer der Friedensbewegung statt, die doch auch für gute Beziehungen zu den Nachbarländern eintritt.

---

## POLITISCHES LEBEN

---

In seiner Rede zur Eröffnung des Seminars über ökonomische und soziale Rechte und Pflichten in modernen Verfassungen in Istanbul sagte der Vorsitzende des Verfassungskomitees der Beratenden Versammlung, Prof. Orhan Aldikacti, es bestünden weiterhin Meinungsverschiedenheiten bezüglich des gesamten Verfassungsentwurfs von 1961 und es habe auch niemals einen einmütigen Standpunkt gegeben. „Es ist natürlich, daß das sozialstaatliche Konzept bei unserer Arbeit an der Verfassung noch einmal studiert wird.“ In der Verfassung von 1961 sollte das Konzept des „Sozialstaates“ die sozialen Rechte der arbeitenden Bevölkerung garantieren. (DN-6.2.)

General Evren und andere Mitglieder des Nationalen Sicherheitsrates nahmen an dem Militärmanöver „Winter 82“ in Erzurum, einer Provinz in der Osttürkei, teil. Im Offiziersklub sagte General Evren zu Vertretern der Presse: „Meiner Ansicht nach ist heutzutage jedes Land dazu gezwungen, von irgendwo abhängig zu sein. Ohne diese Abhängigkeit kann keiner überleben. Aber während wir dies praktizieren, sollten wir die Integrität unseres Landes schützen.“ Indem er die Menschen von Erzurum anredete, forderte er noch einmal die demokratischen Kreise Europas heraus: „Wir werden zur Demokratie zurückkehren, weil das der Typ von Verwaltung ist, der unserer Nation angemessen ist, nicht aber, weil unsere europäischen Freunde Druck ausüben. Laßt es jedermann wissen, daß niemand unsere Meinung verändern kann.“

Admiral Isik Biren, Koordinator des Generalsekretariats des Nationalen Sicherheitsrates, wurde von seinem Posten abberufen und zum Chef der Planungs- und Grundsatzabteilung des Generalstabshauptquartiers ernannt. Die vakante Stelle wurde nicht wieder besetzt. (M-13.1.)

Mit der Zielsetzung der Verwirklichung eines Atatürkismus hat der Nationale Sicherheitsrat die Konstituierung von Ata-Birlik (Ata-Vereinigung) beschlossen. Unter Vorsitz von General Evren wird diese neue Vereinigung überall in der Türkei Zweigstellen eröffnen. Auch nach Rück-

kehr zur Zivilherrschaft werden alle Regierungen gezwungen sein, die von der Ata-Birlik beschlossenen Grundsätze anzuwenden. (H-19.2.)

Alle Berufsgruppen und Universitäten haben ihre Meinungen und Vorschläge für den Text der zukünftigen Verfassung der Beratenden Versammlung unterbreitet. Bis Ende April sollen 67 300 Familien von insgesamt 4 Millionen vom Staatl. Institut für Statistik bezüglich ihrer Einstellung zur zukünftigen Verfassung befragt werden. Danach wird das Verfassungskomitee der Beratenden Versammlung mit der Herausgabe des Verfassungsprojekts beginnen. (C-19.2.)

Bei dem Prozeß gegen die Nationale Aktionspartei wurden im Laufe von 7 Monaten 109 Angeklagte verhört; im Februar wurden 11 weitere Angeklagte freigelassen. Ein Angeklagter namens Hicabi Kooyigit erklärte vor dem Militärgericht, Agent von MIT (Nat. Intelligenz-Organisation) zu sein, von der viele Mitglieder dieser faschistischen Partei bezahlt würden, um in der Türkei politische Instabilität zu provozieren. Er behauptete auch, Mehmet Ali Agca, der auf den Papst einen Mordanschlag verübt hat, sei ein bezahlter MIT-Agent. (M-11.2.)

---

## TERROR VON SEITEN DES STAATES

---

Die 17 Monate alte Militärregierung der Türkei hat in dem Zeitraum vom 12. September 1980 bis zum 24. Januar 1982 170.958 Menschen in Gewahrsam mit unterschiedlicher Dauer genommen, allein 81.634 davon im türkischen Teil Kurdistans. Entsprechend den Angaben der Internationalen Liga für Menschenrechte in Paris befinden sich unter den Inhaftierten auch 102 Parlamentsmitglieder, 79 Schriftsteller und Journalisten, 92 Anwälte und Richter, 32 Distriktgouverneure, 1485 Bürgermeister und städtische Angestellte, 6191 Lehrer und 6758 Personen im Staatsdienst.

Tatsächlich angeklagt und wegen politischer Vergehen von Militärgerichten verurteilt worden sind 46 721 Menschen, 660 davon wegen Zugehörigkeit zu einer politischen Partei, 2075 wegen Teilnahme an gewerkschaftlichen Aktivitäten, 43.986 wegen „geheimer“ Aktivitäten.

In den Gefängnissen fanden 70 Menschen bei Folterungen den Tod, 374 starben bei Überfällen auf kurdisches Gebiet und 308 in den Polizeistationen.

3359mal ist von militärischen Anklägern die Todesstrafe gefordert worden, 139 Todesurteile sind bereits von Militärgerichten verkündet und 10 vollstreckt worden.

Die Militärjunta hat 68.380 Personen auf die Suchliste gesetzt, und 246 politischen Persönlichkeiten ist die türkische Staatsbürgerschaft aberkannt worden. (IHT-3.2.; DR-24.2.)

Das Büro des Premierministers hat eine neue Anweisung herausgegeben, derzufolge staatliche Abteilungen alle diejenigen, die einmal extreme Organisationen unterstützt haben, „umerziehen“ sollen. (M-15.2.)

In der Beratenden Versammlung hat der Innenminister angekündigt, daß in diesem Jahr 8 700 Polizisten mehr eingestellt würden, und daß das Sicherheitsdepartment 11.000 anspruchsvolle Feuerwaffen kaufen will. Insgesamt wird sich damit die Zahl der Polizeikräfte von ursprünglich 50.000 auf 126.000 erhöhen. Außerdem werden die 5 größten Städte des Landes ständig von Polizeihubschraubern kontrolliert und zusätzlich von an den Hauptkreuzungen aufgestellten Kameras. (M-17.2.)

Der Ministerrat hat der Beratenden Versammlung eine Liste zur Modifizierung des Versammlungsgesetzes vorgelegt, in der restriktivere Regeln angewendet werden, und derzufolge jeder türkische Staatsbürger, der auf einem Treffen mit Ausländern reden will, eine Genehmigung einholen muß. (M-17.2.)

Die Beauftragung von Schnellen Einsatztruppen in 33 wichtigen türkischen Zentren ist offiziell angekündigt worden. Jeder junge Polizeioffizier muß nach Absolvierung der Polizeihochschule 3 Jahre lang in diesen Truppen dienen. (H-27.2.)

Der Premierminister hat die neuen Kleidungsregelungen für Staatsbeamte in Kraft gesetzt. Dementsprechend dürfen Frauen keine Hosen tragen, die Röcke müssen bis zum Knie reichen, wobei sie keinen Schlitz haben dürfen, Make-up und Parfüm dürfen nicht übertrieben sein. Männer müssen im Büro Krawatte und Jackett tragen, und sie dürfen sich weder Vollbart noch Seitenbart wachsen lassen; ein Schnurrbart soll nicht länger als bis zur Oberlippe reichen. (M-20.2.)

Der Justizminister hat angekündigt, daß nach Wiederherstellung des „parlamentarischen“ Systems in 7 wichtigen Zentren der Türkei besondere Staats-Sicherheitsgerichtshöfe eingerichtet würden; entsprechend soll die Türkei in 7 Sicherheitsregionen eingeteilt werden, und alle politischen Vergehen werden dann von einem derartigen Staatssicherheitsgericht behandelt, das sich aus 3 Zivilisten und 2 Militärrichtern zusammensetzen soll. (T-28.2.)

## MENSCHENJAGD

Der 2. Militärgerichtshof der Istanbuler Militärkommandantur verkündete am 26. Februar in Abwesenheit der Angeklagten 44 Haftbefehle wegen Beteiligung in der türkischen Friedensbewegung.

Wie das Büro des militärischen Anklägers auf Anfrage mit-

teilte, würde das Friedenskomitee und seine Mitglieder beschuldigt, „eine Geheimorganisation zu bilden, Kommunismus und Separatismus zu propagieren und vom Gesetz als verbrecherisch ausgewiesene Aktivitäten zu bejubeln.“

Die 44 Angeklagten sind Intellektuelle aus einer ganzen Reihe von Berufen, darunter Leute von der Zeitung, Autoren, Gewerkschaftsführer, Rechtsanwälte, Ärzte, Ingenieure. Eine ganze Anzahl von ihnen war im aufgelösten Parlament, zumeist als Abgeordnete der verbotenen Republikanischen Volkspartei.

Auf dieser Liste der 44 stehen auch die Mitglieder des Exekutivausschusses des Friedenskomitees, dessen Aktivitäten zusammen mit denen anderer Vereinigungen seit der Machtübernahme durch die Militärs verboten worden waren.

Zu den Angeklagten gehören der frühere Botschafter Mahmut Dikerdem, der den Vorsitz des Komitees innehatte, sowie der Rechtsanwalt Orhan Apaydin, Vorsitzender der Istanbuler Bar-Vereinigung (Anwaltskammer), und die ehemaligen Parlamentsmitglieder Mustafa Gazalci, Kemal Anadol, Ismael Hakki Ozturun, Nedim Tarhan und Nurettin Yilmaz sowie Dr. Erdal Atabek, Vorsitzender des türkischen Ärzterates, die Journalisten Hüseyin Bas, Niyazi Dalyanci, Ali Sirmen, die Schriftsteller Ataoi Behramoglu, Tektas Agaoglu, Oya Baydar, die Akademiker Metin Ozek, Haluk Tosun, Gencay Saylan, Melih Tümer, die Rechtsanwälte Enis Cskun, Medet Serhat, die Ingenieure Aykut Göker, Nefise Akyelik, Ergün Elgin, Sedat Ozkol, Ugur Kökten, Karabey Kalkan, Yaunz Cizmeci, die Gewerkschaftsfunktionäre Mehmet Karaca, Gültekin Gazioglu, Yasar Arikan, Sait Aydogmus, Cemal Kral, Mehmet Bulut, Metin Denizmen, die Künstler Ali Taygun, Orhan Taylan, die Lehrer Reha Isvan und Sefik Asan, die Ärzte Cüneyt Basbug und Fehmi Mavi, der Ökonom Kadir Akgün, der Staatsbeamte Tahsin Usluoglu. Von den Angeklagten sind Mahmut Dikerdem, Erdal Atabek, Hüseyin Bas, Metin Ozek, Melih Tümer, Niyazi Dalyanci und Reha Isvan vor das Kriegsgesicht gebracht und unter Arrest gestellt worden.

## MASSENPROZESSE

Die Verhaftung von Mitgliedern der türkischen Friedensbewegung bedeutet eine neue Handlung des militärischen Hauptanklägers Oberst Süleyman Takkeci gegen die Arbeiterbewegung der Türkei. Oberst Takkeci kündigte die Verhaftung der Mitglieder des Friedenskomitees als „bevorstehend“ an. Er sagte, sie wären Teil einer marxistisch-leninistischen Verschwörung gegen den Staat vor dem 12. September 1980, und dafür müßten sie vor Gericht gestellt werden.

Zur Erinnerung sei gesagt, daß derselbe Vorwurf schon gegen die 52 Funktionäre der fortschrittlichen Gewerkschaften der Türkei, DISK, erhoben worden ist, deren Prozeß immer noch läuft, und denen die Todesstrafe droht. Es ist kein Zufall, daß Oberst Takkeci auch der Hauptankläger im DISK-Prozeß ist und daß Orhan Apaydin, einer der Hauptangeklagten im Friedenskomitee-Fall, der Hauptverteidiger beim DISK-Prozeß ist.

Weil sie gegen die von Oberst Takkeci begangenen Verfahrensverstöße protestierten, wurden Orhan Apaydin und andere Verteidiger bis zum Ende des Verlesens der Anklageschrift vom DISK-Prozeß ausgeschlossen. Das ist nun beendet, und eigentlich wäre nun die Verteidigung an der Reihe. Um aber Apaydin davon abzuhalten, die Prozeßunregelmäßigkeiten zu enthüllen, und um andere Verteidiger zugleich einzuschüchtern, hat Oberst Takkeci diese neue Verhaftungswelle initiiert.

Außer diesen Fällen haben die Militärankläger im Februar wieder neue Massenprozesse gegen fortschrittliche Organisationen eröffnet. In der folgenden Liste der neuen Fäl-

le ist die Anzahl der Forderungen von Todesstrafen der Zahl der Anklagen in Parenthese zugefügt.

- Dev-Yol: 4. Februar in Adana: 20 (3); 9. Februar in Adana: 38 (8); 16. Febr. in Erzincan: 112 (10); 20. Febr. in Izmir: 168 (42); 25. Febr. in Iskenderun: 121 (21); 28. Febr. in Erzurum: 199 (57). Der bereits im Januar angekündigte größte Massenprozeß gegen die Dev-Yol hat am 26. Februar in Ankara begonnen: 186 von insgesamt 574 Angeklagten droht die Todesstrafe.
- PKK (Arbeiterpartei Kurdistans): 4. Febr. in Erzurum: 177 (34)
- TKEP (Komm. Arbeiterpartei der Türkei): 20. Febr. in Istanbul: 18 (2)
- TKP/ML: 11. Febr. in Ankara: 20 (3)
- KAWA (Kurdische Organisation): 4. Febr. in Izmir: 12; 20. Febr. in Istanbul: 42 (14)
- TKP/L: 4. Febr. in Istanbul: 15
- „Straße der Partisanen“: 10. Febr. in Istanbul: 34
- Töb-Der (Lehrervereinigung): 2. Febr. in Ankara: 54
- TKP (Komm. Partei der Türkei): 16. Febr. in Ankara: 205
- TIP (Arbeiterpartei der Türkei): 19. Febr. in Istanbul: 80
- Der Prozeß gegen 295 Angeklagte verschiedener politischer Organisationen hat am 23. Februar in Erzincan begonnen; der Hauptankläger hat für 50 Mitglieder der Dev-Yol, 15 Dev-Sol-Anhänger (Revolutionäre Linke) und 5 Mitglieder von Kurtulus (Befreiung) die Todesstrafe gefordert.

Somit beläuft sich die Zahl der geforderten Todesstrafen jetzt insgesamt auf 3. 947.

Ein Militärgericht hat (am 21. Febr. in Izmir und am 24. in Erzincan) Erbil Kuru und Recai Genc verurteilt.

Am 11. Febr. sind in Adana 21 Mitglieder der Revolutionären Komm. Partei der Türkei TDKP zu Gefängnisstrafen bis zu 20 Jahren verurteilt worden.

Zwei weitere Urteile am 16. Febr.: 16 IGD-Mitglieder (Fortschrittliche Jugendorganisation) in Istanbul bis zu 12 Jahren Gefängnis; 2 TKP/ML-Mitglieder in Izmir zu insgesamt 14 Jahren.

Anfang Februar begannen Gerüchte zu kreisen, denen zufolge das Justizministerium einen Entwurf zur Abschaffung der Todesstrafe vorbereitet. Am 19. Februar wurde dies jedoch sowohl vom Premierminister wie auch vom Justizminister dementiert.

Am 25. Februar stellte ein Mitglied der Beratenden Versammlung, Ertugrul Alath, einen geänderten Gesetzentwurf vor, der für die Umwandlung der Todesstrafe in Lebenslänglich eintritt. Jedoch müssen 10 weitere Mitglieder diesen Antrag unterstützen, damit er zur Beratung und Abstimmung vor die Vollversammlung gebracht werden kann.

Inzwischen hat das Justizkomitee der Beratenden Versammlung am 15. Februar die Todesurteile gegen Seyit Konuk, Necati Verdar und Ibrahim Etem Coskun sowie am 22. Februar gegen Mehmet Ali Agca, den Papstattentäter, Sabri Altay und Dudu Gül angenommen.

## FOLTERUNGEN

Mit dem Ziel der Diskreditierung von Amnesty International, die viele Folttervorwürfe aus der Türkei an die Öffentlichkeit gebracht hatte, hat die Militärjunta eine neue Kampagne gestartet, die Amnesty widerlegen soll mit ihrer Behauptung, mehr als 70 politische Häftlinge seien seit dem Militärcoup vor 17 Monaten bei Folterungen gestorben.

Eine Gruppe von türkischen Journalisten wurde am 23. Februar zu einer Besichtigung des Militärgefängnisses Mamak in Ankara eingeladen, diese Einladung wurde jedoch nicht auf ausländische Korrespondenten ausgedehnt. Dennoch hat die „Financial Times“ die Eindrücke der türkischen Journalisten aufnehmen können und sie in ihrer Ausgabe vom 25. Februar veröffentlicht:

*„5 Gefangene kauern an der Mauer im kleinen Hof des Militärgefängnisses von Mamak in Ankara. Es war der erste sonnige Tag seit Monaten, aber sie schienen ihn nicht zu genießen. Etwa 60 weitere Gefangene laufen in militärischer Formation um den Hof herum.*

*Die 5 Männer, in den Zwanzigern, mit kurzgeschorenen Haaren und bleicher Erscheinung, blieben außerhalb der Formation, so daß die Journalisten sie fotografieren konnten.*

*Es schien den Korrespondenten, als seien gerade diese 5 von mehreren Tausend (es handelt sich um eines der größten Gefängnisse) ausgewählt worden, um gegen Amnesty auszusagen. Jedoch konnten die Journalisten wie auch die Gefängnisbehörden, die sicherlich ähnliches vermuteten, kaum falscher liegen in ihrer Annahme.“*

*„Es gibt Folter in der Türkei“, sagte Herr Nasuh Mitap in einer Tonbandaufzeichnung des Interviews, die die „Financial Times“ gehört hat. „Es gibt viel Folter. Die Folter hat mich lahm gemacht. Sie haben mein Rückgrat gebrochen. Lange Zeit konnte ich überhaupt nicht gehen. Ich habe gesehen, daß sie eine ganze Reihe meiner Freunde gefoltert haben. Es gibt Berichte, ärztliche Berichte.“*

*Herr Melih Pakdemir sagte: „Was wir wollen, ist, wie Menschen behandelt zu werden, eine Gelegenheit zu erhalten, unsere Verteidigung vorzubereiten. Folter ist etwas Relatives. Es ist wahr, daß es Unterdrückung im Gefängnis gibt. Wir werden jeden Tag 12 bis 14 Stunden lang verhört. Alles wird hier auf Kommando getan. Wenn einer einem Befehl nicht Folge leistet, sich vielleicht nur geringfügig bewegt, wird er vom nächststehenden Soldaten geschlagen. Man kann auch zum Käfig mitgenommen und dort verprügelt werden.“*

*Ein Journalist fragte Herrn Pakdemir, ob er einer derartigen Behandlung unterzogen worden sei.*

*„Es gibt nicht einen Einzigen, dem es nicht so gegangen wäre“, erwiderte er. „Mir auch“.*

*„Hatte er eine Nachricht für Amnesty International? Ja, es gibt moralische und physische Unterdrückung. In diesem Augenblick.*

*Oguzhan Müftüoğlu und Ali Baspınar weigerten sich, Aussagen zu machen.*

*Der fünfte Inhaftierte brach zusammen und begann vor dem Interview am Dienstag zu wimmern. Es war Ulvi Oguz.*

*Der die Journalisten begleitende Gefängnisdirektor, Oberst Raci Tetik, kommentierte dies: „Er zieht eine Schau ab.“ Ein Journalist wollte dazu die Meinung eines Arztes hören. Der herbeigeholte Gefängnisarzt sagte, es handele sich um einen Nervenzusammenbruch, dies sei in Mamak nichts Außergewöhnliches.*

*Als Oberst Tetik hinterher mit den Journalisten sprach, sagte er: „Dies ist ein von der Armee Mustafa Kemals (Atatürk, Begründer des modernen türkischen Staates) geführtes Gefängnis. Hier geschieht absolut gar nichts, was die Menschenrechte verletzt.“ (Financial Times, 25.2.)*

Amnesty International gab bekannt, daß Omer Ozsökmenler, Angeklagter im TDKP-Prozeß, und Müfide Aksoy, gegen den im „Halkin Yolu“-Prozeß ermittelt wird, in Istanbul vom Militär bzw. von der Polizei gefoltert worden seien. Al drückte seine Besorgnis bezüglich des Gesundheitszustandes der beiden aus. (AI-2.2.)

Bei der Gerichtsverhandlung gegen die Dev-Yol in Erzurum klagte der Angeklagte Tümay Durukun den Staatsanwalt an, er habe Foltermethoden angewendet. Darauf-

hin beschloß das Gericht, ihn wegen „Beleidigung des Staatsanwalts“ 20 Tage in die Zelle zu sperren. (H-8.2.)

Aufgrund der Aussagen der Angeklagten, in der Haft gefoltert worden zu sein, ist der Prozeß gegen die Dev-Sol von Mersin nach Adana verlegt worden. (C-11.2.)

Beim Dev-Yol-Prozeß erklärten die Verteidiger, die Aussagen ihrer Klienten seien unter Folter zustande gekommen. (C-11.2.)

Der Oberaufseher Selim Sahin und der Polizeibeamte Neset Isildak wurden unter Beschuldigung der Folter an dem Häftling Meral Bekar in Ankara vor Gericht gestellt. (C-12.2.)

Mustafa Kemal Kakaroglu, dem die Anklage die Führung der Geheimorganisation Kurtulus vorwirft, erklärte vor dem Ankaraer Militärgericht, daß alle Aussagen unter Folter zustande gekommen seien. (C-13.2.)

Beim Prozeß gegen die Dev-Yol in Erzurum sagten Angeklagte aus, die Gendarmerie habe in der Provinz Artvin, wo ihre Organisation von den Massen unterstützt würde, systematisch Grausamkeit gegen die Bevölkerung angewendet. Sie erklärten auch, daß sie während ihrer Befragung gefoltert worden seien. (Cumhuriyet-17.2.)

91 weibliche Gefangene des Mamak-Gefängnisses wurden vor ein Militärgericht gestellt, weil sie am 28. Juli 1981 einen Hungerstreik begonnen hatten, mit dem sie gegen die schlechte Behandlung im Gefängnis protestieren wollten. (C-19.2.)

Die Internationale Liga für Menschenrechte erklärte, in der Türkei würden dem Bericht ihrer Abordnung zufolge, die in diesem Lande sich nach Beweisen umgesehen hätte, systematisch Folter angewendet. Christian Rostoque, Abgeordneter und Sekretär der französischen Liga für Menschenrechte, und der sozialistische Abgeordnete Gerard Gouze und Dr. Dumont hatten am DISK-Prozeß und an der Verhandlung gegen Mehdi Zana, Bürgermeister von Diyarbakir, teilgenommen. „Die gebräuchlichsten Foltermethoden sind das Aufhängen an den Füßen, Elektroschock, Schein-Erhängen, Schlagen auf die Füße, das Praktizieren des sog. ‚Korridor‘, wo die Häftlinge dazu gezwungen werden, auf ihren Füßen zu stehen, indem ihre Finger an die Wand gedrückt werden, sowie bei Frauen sexuelle Folterungen“, lautete der Bericht. Le Monde 19.2.)

Beim Prozeß gegen die KUK (Nationale Befreiung Kurdistans) in Adana gaben die Angeklagten an, Folterungen unterworfen worden zu sein. (C-20.2.)

In Kirikkale wurden ein Oberaufseher und 9 Polizisten verhaftet, weil sie 7 politische Gefangene gefoltert hatten. (C-21.2.)

325 Angeklagte im Dev-Yol-Prozeß von Erzurum haben im Militärgefängnis einen Hungerstreik begonnen, um gegen schlechte Behandlung und Folter zu protestieren. (H-21.2.)

Die Familie des zu Tode gefolterten Hasan Asker Ozmen hat ein Gerichtsverfahren gegen den Staat eingeleitet, wobei sie 2 Mill. TL Schadenersatz fordert. 3 Polizisten sind bereits wegen ihrer Folterungen verurteilt worden, haben aber immer noch ihre Posten im Polizeipräsidium von Ankara inne. (C-28.2.)

## AUS PRESSE UND KULTUR

Im Februar wurde der türkische Journalist Lütü Oflaz vom Internationalen Journalistenverband zum „Gefangenen des Monats“ ausgewählt. Oflaz war von der Istanbuler Kriegsrechtskommandantur beschuldigt worden, in seiner Zeitung das Verbot der Türk. Arbeiterpartei TEP kritisiert zu haben. Am 17. Februar 1981 wurde er von einem Militärgericht verurteilt und trat am 21. August 1981 seine 18monatige Gefängnisstrafe an. Gegenwärtig befindet er sich im Gefängnis von Kizilcahamam. Da die Junta es verboten hat, bei Strafen unter drei Jahren beim Gericht Berufung einzulegen, konnte Lütü Oflaz von diesem grundsätzlichen Recht auf eine Berufungsverhandlung keinen Gebrauch machen.

Der Ministerrat hat das Verteilen einiger im Ausland gedruckter Überblicke verboten. (C-6.2.)

Der Programmproduzent Oktay Arayici, bereits einmal von seinem Posten beim Fernsehen abgesetzt, und bei der Istanbuler Hafensverwaltung beschäftigt, ist ein zweites Mal versetzt worden zum Ministerium für Transport. Daraufhin ist er aus dem Staatsdienst ausgeschieden. (C-7.2.)

Gegen zwei Journalisten der Tageszeitung Tercüman, Nazli Ilicak und Raf Tamer, läuft zur Zeit vor dem 2. Militärgericht in Istanbul ein Prozeß. (T-7.2.)

Das Ministerium für Information und Tourismus hat angekündigt, daß alle Film- und Theaterdirektoren vor den Dreharbeiten und Inszenierungen von einem bestimmten Prüfungsausschuß eine Genehmigung einholen müssen. (C-8.2.)

Eine der größten türkischen Finanzgesellschaften, Cavusoglu-Kozanoglu, hat mit der Herausgabe einer neuen Tageszeitung, Günes (Sonne), begonnen.

Der verantwortliche Redakteur der jetzt verbotenen Zeitung „Yurtsever Ilerici Genclik“, Erhan Tuskan, wurde vom Istanbuler Militärgericht zu einer 18-monatigen Freiheitsstrafe wegen einer „zur Aufweichung des Nationalgefühls führenden Veröffentlichung“ verurteilt.

Der berühmte türkische Filmemacher Yilmaz Güney wurde vom Militärgericht in Gölcük erneut zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt, weil er „im Ausland eine gegen die Interessen des türkischen Staates gerichtete Kampagne“ führe. Früher schon war er zweimal zu je 7 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden wegen „kommunistischer Propaganda“ in seinen vor der militärischen Machtübernahme erschienenen Artikeln.

Der Journalist İlhami Soysal wurde nach 17 Monaten Gefangenschaft von einem Militärgericht in Ankara freigelassen. Sein Prozeß wird aber weitergehen. Ihm wird vorgeworfen, im gewerkschaftseigenen Verlagshaus, dessen Direktor er war, einige geheime Veröffentlichungen gedruckt zu haben. (M-24.2.)

Zwei Journalisten der Tageszeitung „Demokrat“ (jetzt vom Militär verboten), Demirtas Ceyhun und Isik Yurtcu, wurden jeder zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt wegen eines Artikels, in dem sie den Widerstand der Arbeiter im Jahre 1980 lobten.

Nahit Duru, verantwortlicher Redakteur der Wochenzeitung „Arayis“, wurde nach 2 1/2 Monaten Gefängnis in Ankara wieder auf freien Fuß gesetzt. (C-28.2.)

Der Ministerrat hat das Verteilen von 2 Broschüren, 2 Gedichten und 3 im Ausland gedruckten Überblicken untersagt. (C-28.2.)

## NATIONALE UNTERDRÜCKUNG

Im Prozeß gegen die Arbeiterpartei Kurdistans PKK hat der Militäranwalt in Erzurum für 34 Angeklagte die Todesstrafe beantragt; 102 Angeklagten drohen hohe Freiheitsstrafen.

In einem der größten Massenprozesse in der Geschichte der Türkei stehen 447 PKK-Mitglieder in der im Südosten gelegenen Stadt Diyarbakir vor Gericht. Für 97 von ihnen ist die Todesstrafe gefordert worden. (DN-4.2.)

In Izmir hat der militärische Ankläger gegen 12 Mitglieder der kurdischen Organisation KAWA einen Prozeß eröffnet, in dem Gefängnisstrafen gefordert werden.

Der französische sozialistische Abgeordnete und Bürgermeister von Nantes, Alain Chenard, lenkt in seinem von „Le Monde“ am 9. Februar veröffentlichten Offenen Brief die Aufmerksamkeit auf das Gerichtsverfahren gegen Mehdi Zana, Bürgermeister der kurdischen Stadt Diyarbakir, das eben an diesem Tag und in dieser Stadt beginnen sollte. In dem Brief schreibt Chenard, Mehdi Zana sei während seiner Untersuchungshaft auf grausame Weise vom Militär gefoltert worden.

Die Militärregierung hat ihre Entscheidung angekündigt, im türkischen Teil Kurdistans „Anziehungszentren“ zu errichten, um zu verhindern, daß die Bevölkerung in die entwickelten Städte im Westen Anatoliens zieht. (H-11.2.)

General Evren empfing jüdische und armenische Vertreter aus türkischen Gemeinden und betonte hierbei: „Die Türkei hat niemals ethnische und religiöse Minderheiten diskriminiert.“ (DN-13.2.)

Hiraht Kücüküzelyan, ein armenischer Priester, ist vom 3. Militärgericht der Istanbuler Kriegsgerichtskommandantur zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Anklage der Militärs lautet auf „Propaganda rassistischer Art und Schwächung des Nationalgefühls“. (C-27.2.)

## GESELLSCHAFTLICHE SITUATION

Die Istanbuler Kriegsrechtskommandantur gab ein neues Kommuniqué heraus, in dem die nicht verbotenen Gewerkschaften an die einzuhaltenden Bestimmungen erinnert werden, insbesondere daran, die Befehle der Kriegsrechtskommandantur nicht kritisieren zu dürfen und keine Treffen zu Propagandazwecken zu organisieren. (C-5.2.)

Ein berühmter Sänger, Bülent Ersoy, versuchte durch Einnahme von 60 Schlaftabletten sich das Leben zu nehmen. Da er in dem Ruf stand, homosexuell zu sein, war er massivem Druck von Seiten der Militärs ausgesetzt. Nach einer Geschlechtsumwandlung wurde ihm (ihr) jedes öffentliche Auftreten untersagt, was zusammen mit einer unfairen Berichterstattung in der Presse Depressionen auslöste, die zu dem Suizidversuch führten. Im letzten Moment konnte Ersoy von Freunden gerettet werden. (H-1.2.)

In der Türkei haben, Nachforschungen der Ankaraer Fakultät für Polit. Wissenschaften zufolge, 34 % aller Haushalte keine Toilette, 39 % keine eigene Küche, 44 % kein Badezimmer, 52 % sind ohne fließendes Wasser und 43 % besitzen keinen Stromanschluß. (H-6.2.)

Mit dem monatlichen Mindesteinkommen von 7300 TL, das sind umgerechnet etwa 120 DM, kann man lediglich 365 Brote oder 561 Eier oder 14,5 kg Fleisch oder 146 Schachteln Zigaretten kaufen. (G-22.2.)

Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Straßenbauarbeiter Yoi-Is, Muzaffer Sarac, sagte, daß trotz des Entlassungsverbots ohne Genehmigung durch das Kriegsgericht Arbeitgeber nach wie vor Arbeiter in allen Beschäftigungszweigen entlassen würden. (C-28.2.)

## DIE ÖKONOMISCHE LAGE

Am 1. Februar trat das im Juli letzten Jahres verfaßte neue Gesetz zur Regelung des Kapitalmarktes in Kraft, nachdem eine 6monatige Vorbereitungsphase für die Finanzfachleute vorangegangen war. Dem neuen Gesetz zufolge müssen die Gesellschaften, die im Austausch mit beweglichem Kapital handeln, in Aktiengesellschaften umgewandelt werden. Zur Vergabe neuer Lizenzen wird bis zum 30. November eine strenge Kontrolle bei Finanziers und allen Zwischenhändlern durchgeführt. (DN-2.2.)

Seit November 1981 haben öffentliche Anwälte Nachforschungen angestellt bei 94 privaten Geldhändlern. 23 von ihnen sind verhaftet worden und 54 weitere befinden sich auf einer „Suchliste“. Insgesamt ist eine Geldsumme in Höhe von 200 Mill. TL, die von den Eigentümern kleinerer Sparguthaben investiert worden ist, verschwunden. 81 Geldhändlern ist es untersagt worden, das Land zu verlassen. (H-25.2.)

Von Januar bis November 1981 zahlte die Türkei Auslandsschulden im Werte von 2580 Mill. Dollar zurück und erhielt Auslandsanleihen im Werte von 1950 Mill. Dollar, das heißt, 75 % der zurückgezahlten Schulden sind durch Auslandskredite gedeckt worden. Wie die Nachrichtenagentur ANKA meldet, könnte die Türkei bei dem Erhalten ausländischer Kredite Schwierigkeiten bekommen, weil einige Mitgliedstaaten der OECD auf ihre Organisation diesbezüglichen Druck ausübten. Emile van Lennep, OECD-Generalsekretär, hat seinen für die Zeit vom 4. bis zum 6. Februar geplanten Besuch in der Türkei deshalb auch verschieben müssen. Neuen Forschungsergebnissen zufolge wird in der Türkei jedes Baby mit einer Auslandsschulden-Bürde von umgerechnet etwa 1 000 DM (63 000 TL) geboren. (DN-2.2., 5.2., G-12.2.) Nach den vom Handelsministerium herausgegebenen Statistiken konnte 1981 der Export auf eine Höhe von 4700 Mill. Dollar gesteigert werden gegenüber dem Vor-

Nach den vom Handelsministerium herausgegebenen Statistiken konnte 1981 der Export auf eine Höhe von 4700 Mill. Dollar gesteigert werden gegenüber dem Vorjahresergebnis von 2900 Mill. Dollar. Der Wert der importierten Waren stieg im Vergleich zum Vorjahr im Jahre 1981 um 1000 Mill. Dollar an und liegt nun bei 8900 Mill. Dollar. Das türkische Außenhandelsdefizit belief sich 1981 auf 4200 Mill. Dollar. Hiervon konnten 2500 Mill. Dollar durch die Rückführungszahlungen der heimkehrenden Arbeiter abgedeckt werden. (DN-26.2.)

Innerhalb der letzten 3 Jahre sind die Preise für Mehl um 515% gestiegen, für getrocknete Bohnen um 327%, Kartoffeln 243%, Reis 260%, Käse 278%, Hühner 429%, Butter 422%, Fleisch 247%, Eier 364%, Milch 218%, Orangen 300%. (H-4.2.)

Im Monat Februar nahmen die Preise für getrocknete Bohnen um 39,1% zu, für Reis 12,6%, Käse 10%, Alkohol und Zigaretten 10 bis 40%, Fleisch und Butter 10 bis 30%, Brot 35%.

Der Prozeß zur Monopolbildung in der türkischen Wirtschaft hat nach der Militärintervention Aufschwung genommen. Allein im vergangenen Jahr haben Monopolriesen 30 kleine Aktiengesellschaften unter ihre Kontrolle gebracht. Zu diesen größer werdenden Monopolgesellschaften gehören auch die Koc AG, Cukuroua AG und Cavusoglu-Kozanoglu AG. (C-9.2.)

Der Präsident der Istanbuler Handelskammer, Nuh Kusculu, und ein Vertreter der Industriekammer in Eskisehir, Mesut Erez, sagten, daß Unternehmen kleiner und mittlerer Größe vom Bankrott bedroht seien und daß die Großen Kartell-Absprachen träfen, um die Preise für ihre Produkte erhöhen zu können. (M-16.2.; DN-17.2.)

Im Jahre 1981 haben 111 ausländische Firmen Investitionsgenehmigungen in Höhe von 366 Mill. Dollar erteilt bekommen. Darunter befinden sich 35 Schweizer Firmen (172 Mill. Dollar), 17 US-Firmen (66 Mill. Dollar), 28 westdeutsche Firmen (36 Mill. Dollar). (C-14.2.)

In den ersten neun Monaten des Jahres 1981, so enthüllte ein Fachmann für staatliche Planungsorganisation, wurden nur 59% der öffentlichen Projekte, was die finanzielle Seite betrifft, durchgeführt, tatsächlich verwirklicht wurden nur 48%. Von anfänglich 8214 Projekten nahm man für nur 4012 die Fertigstellung noch für das laufende Jahr an. Auf dem Erscheinungsbild der Vorjahre basierende Entwürfe zeigen, daß öffentliche Investitionen in den kommenden Jahren kein reales Wachstum aufweisen werden. In der Tat gingen die Vorschläge der Weltbank und der IMF ja in die Richtung, die öffentlichen Investitionsprogramme zu beschränken. (DN-26.2.)

Die Türkei versucht seit 10 Jahren, ein Kernkraftwerk auf eigenem Boden zu bauen, und kürzlich sind Schritte in die Wege geleitet worden, 2 kleinere Reaktoren bei einer westdeutschen Gesellschaft zu kaufen. Die Kraftwerk-Union (KWU) würde sie für 1600 Mill. Dollar errichten. (DN-13.2.)

Der Industriemagnat Agha Khan kam nach Ankara, um General Evren zu treffen. Von offizieller türkischer Seite verlautete, eine 6000 Mill. TL-Investition wurde geschlossen, um den Tourismus zu fördern. (DN-18.2.)

## BEZIEHUNGEN ZUM AUSLAND

### TÜRKEI – EUROPA

Piet Dankert, Sprecher des Europaparlaments, stellte fest, daß es zwischen Europa und den USA Meinungsverschiedenheiten gäbe wegen ihrer unterschiedlichen Auffassungen bezüglich der türkischen Probleme, der Situation Polens und der Einschätzung der Friedensbewegung. (T-3.2.)

Der holländische Außenminister van der Stoel teilte dem Parlament mit, daß die bestehenden Hilfsvereinbarungen bereits erfüllt seien und daß „mit Rücksicht auf die innere Lage in der Türkei der Abschluß neuer Verträge nicht in Erwägung gezogen“ würde. (DN-5.2.)

Die Rechtsberater der Außenministerien Norwegens, Schwedens, Frankreichs und Hollands prüfen verschiedene Möglichkeiten der Anwendung der Resolution der

Europäischen Versammlung zur Türkei, die die Mitgliedsregierungen auffordert, das türkische Regime vor die Menschenrechtskommission zu bringen. (C-8.2.)

Der türkische Generalstab des Heeres hat ein Komunique herausgegeben, in dem Einladungen oder Besuche ausländischer Delegationen ohne Genehmigung der Kriegsverichtsbehörden verboten werden. (Le Monde-10.2.)

Der Ausschuß der Ständigen Vertreter im Europarat hat seine Arbeit an der Resolution der Parlamentarischen Versammlung auf den 13. April verschoben.

Das türkische Außenministerium sah sich dazu gezwungen, Pressemeldungen zu dementieren, denen zufolge der spanische König Juan Carlos sich geweigert hatte, bei der Madrider Konferenz dem türkischen Außenminister Ilter Türkmen die Hand zu geben. (DN-14.2.)

In der amtlichen Zeitung wurde ein Dekret veröffentlicht, demzufolge ein Oberster Politischer Planungsrat zur Festsetzung der Richtlinien türkischer Außenpolitik eingerichtet werden soll, dessen Vorsitz der Generalsekretär des Außenministeriums übernehmen soll. (DN-17.2.)

Das Direktorium der türkischen Informationsstiftung TUTAV hielt sein erstes Treffen in Ankara ab. Die auf Meinungsbildung in Europa abzielenden propagandistischen Aktivitäten dieser Einrichtung sollen, vom Staat gesteuert, durch „kreative“ Bemühungen auf privatem Sektor unterstützt werden. (DN-17.2.)

Kai-Uwe von Hassel, Berichterstatter des Ausschusses für politische Angelegenheiten im Europaparlament, der in dieser Eigenschaft kürzlich die Türkei besucht hatte, legte am 12. Februar dem Ausschuß seinen Bericht vor. Er widersprach der Resolution der Europäischen Versammlung (Vgl. Bulletin Nr. 64), indem er die Regierungen der Mitgliedsstaaten aufforderte, „in Verbindung mit der türkischen Regierung die nötigen Schritte einzuleiten, um Anreize für Investitionen in der Türkei zu schaffen“, und indem er die Europakommission auffordert „zu empfehlen, daß der Rat das 4. Finanzprotokoll zwischen der EG und der Türkei annehmen soll“. Die Debatte über diesen Bericht soll am 22. März stattfinden. (H-27.2.)

Die EG-Außenminister haben beschlossen, den Vorsitzenden des Ministerrates und belgischen Außenminister Tindemans in die Türkei zu entsenden, um dort Kontakt zu den Behörden aufzunehmen und einen Bericht zu erstellen über den Prozeß der „Rückkehr zur Demokratie“. (M-28.2.)

### TÜRKEI – USA

Vertreter der Türkei und der Vereinigten Staaten haben sich über die Produktion von H-1 Helikoptern geeinigt. Darüber hinaus peilt die türkische Fluggesellschaft TUSAS in Zusammenarbeit mit der amerikanischen Rüstungsindustrie in einem Zeitraum von 10 Jahren die Produktion von Militärflugzeugen des Typs F-16 oder F-18 an. (M-1.2.)

In einer in den USA produzierten weltweit ausgestrahlten Fernsehsendung über Polen wurde der türkische Premierminister Bülent Ulusu als Verteidiger der Freiheit vorgestellt trotz der brutalen Unterdrückung, mit der diese vom Militär gestützte Regierung in ihrem eigenen Land vorgeht. Selbst eine amerikanische Zeitung meinte dazu: „Das war weder Unterhaltung noch intelligente Propaganda. ‚Polen soll Polen bleiben‘ – eine Phrase, deren tatsächliche Leere das politische wie moralische Vakuum

im Zentrum dieser Veranstaltung ausdrückt. Die Gegenwart des türkischen Militärdiktators, der die Existenz einer Militärdiktatur in Polen beweinte, trug zu diesem Aspekt beachtlich bei." (IHT-2.2.)

Der von der Reagan-Regierung herausgegebene Überblick zur Einhaltung der Menschenrechte weiß von einer beträchtlichen Verbesserung des Schutzes menschlicher Grundrechte in der Türkei seit der Machtübernahme durch die Militärs zu berichten. In einem neun Seiten umfassenden Absatz über die Türkei wird behauptet, es gäbe keinerlei Beweise, die die von Amnesty International und dem Europarat aufgestellten Anschuldigungen bestätigten, denen zufolge politische Gefangene gefoltert würden. Weiter wird in dem Bericht gesagt, die Gerichtsverhandlungen seien öffentlich und die Angeklagten hätten die Freiheit, sich ihre Verteidiger selber auszusuchen. Ausserdem heißt es dort noch, ethnische Minderheiten lebten in der Türkei in Frieden und Harmonie mit der übrigen Bevölkerung. (DN-10.2.)

In der UN-Vollversammlung enthielt sich die türkische Delegation bei der Abstimmung über das Verurteilen der Annexion der Golan-Höhen durch Israel der Stimme. Wie Außenminister Türkmen zu verstehen gab, hing die Enthaltung mit einer Formulierung in der Resolution zusammen, welche ebenfalls die Vereinigten Staaten anklagte. Auf dieses Votum hin verschob der Vorsitzende der Politischen Abteilung der PLO, Kaddum, seinen geplanten Türkei-Besuch. (C-17.2.)

Senator John Tower beendete seine Kontaktaufnahmen in Ankara mit der Feststellung, die USA würden, „soweit es in ihren Kräften steht, ihre militärische und finanzielle Hilfe“ ausdehnen. Auf eine Frage sagte er weiter: „Insgesamt sind wir mit der Leistung der gegenwärtigen Regierung zufrieden. Opposition gegen die Regierung zeigt sich meist nur bei dem linken Flügel westeuropäischer sozialdemokratischer Parteien zuzurechnenden Elementen. Bei den vernünftig geführten Staaten herrschen Verständnis und Mitgefühl für türkische Belange vor.“ (DN-17.2.)

Unter drastischer Schilderung der Bedrohung weltweiter amerikanischer Interessen forderte die Reagan-Administration vom Kongreß die Billigung einer 4700 Mill. Dollar-Unterstützung bei den Sicherheitsbemühungen befreundeter Staaten. Davon soll die Türkei 815 Mill. erhalten. Der türkische Außenminister Iler Türkmen betonte, die amerikanische Türkeihilfe für das kommende Jahr sei alles andere als zufriedenstellend. Im Vorjahr hatte Washington 703 Mill. Dollar gezahlt. Wie zuvor aus Quellen verlautete, wäre jede Summe unter 1 Milliarde Dollar für die türkischen Bedürfnisse zu gering. (DN-17.2.)

## TÜRKEI – SOZIALISTISCHE STAATEN

Während der Debatte über Menschenrechte bei der Madrider Konferenz, bei der die USA das polnische Regime angriffen, enthielten sich die sozialistischen Länder jeglicher Kritik an der Türkei als Form westlicher Militärdiktatur. Über diese Haltung drückte sogar US-Außenminister Haig sein Erstaunen aus in einem Schwätzchen mit seinem türkischen Kollegen. (M-13.2.)

Der türkische Handel mit sozialistischen Ländern auf der Basis ausländischer Währungen wird im Jahre 1983 beginnen. (Anka-16.2.)

Vom 25. bis 28. Februar besichtigte General Evren auf offizielle Einladung Todor Jivkovs Bulgarien. Es wurden internationale Fragen erörtert und am Ende des Besuchs

ein gemeinsames Kommuniqué herausgegeben, in dem übereinstimmend die Lösung der Probleme der nichtseßhaften nomadischen Bevölkerung betont wurde. Beide Seiten einigten sich auf die Entwicklung bilateraler ökonomischer, kommerzieller und kultureller Beziehungen sowie darauf, das Problem des Schmuggelns im Grenzgebiet in Angriff zu nehmen. Beide Seiten betonten auch „die Verantwortung aller Nationen bei der Überwindung internationaler Spannungen zum Schutze des Weltfriedens“. Jivkov zeichnete General Evren mit dem Orden des „Stern des Großen Balkan“ aus. Offizielle Einladungen liegen außerdem von den Staatsoberhäuptern von Rumänien, Jugoslawien, Albanien und der VR China vor.

## SOLIDARITÄT

2. Febr.: An der Freien Universität Brüssel (ULB) wurde ein Videofilm vorgeführt, der die gegenwärtige Situation in der Türkei darstellte; ein INFO-TÜRK-Vertreter gab zu den jüngsten Entwicklungen Erklärungen ab. Den Vorsitz des Treffens hatte Prof. Marcel Liebman.

11. Febr.: Die Int. Vereinigung Freier Gewerkschaften ICFTU und der Europäische Gewerkschaftsbund ETUC haben im Int. Brüsseler Pressezentrum eine Pressekonferenz organisiert. Otto Kersten, Generalsekretär der ICFTU, der stellv. ETUC-Generalsekretär John-Ivar Nalsund, der norwegische Rechtsanwalt Karl Nandrup Dahl und der bevollmächtigte DISK-Vertreter Yücel Top machten der Öffentlichkeit deutlich, wie in der Türkei auf die Gewerkschaftsbewegung Druck ausgeübt wird.

8. Febr.: In Paris geben neben dem Exekutivausschuß der CFDT Michel Foucault, Arthur London, Yves Montand, Simone Signoret, Patrice Cherau, Alfred Kostler und Costa Gavras einen Aufruf bezüglich des DISK-Prozesses heraus.

11. Febr.: 500 französische Rechtsanwälte starten eine Unterschriftenaktion, um damit gegen die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei zu protestieren.

13. Febr.: Der Belgische Rechtsanwalt Francois van Droogenbroeck, Mitglied der Belgischen Vereinigung Demokratischer Juristen, veröffentlichte seinen ersten Bericht über den Prozeß gegen die DISK-Funktionäre. Er konnte im Auftrag der WCL (Weltarbeiterbund) am ersten Prozeßtag anwesend sein.

13. Febr.: In Paris veranstaltete die CFDT anlässlich des 15. Jahrestages der Gründung von DISK eine Pressekonferenz.

15. Febr.: Die Vereinigung Türkischer Arbeiter in Belgien organisiert eine Demonstration vor der türkischen Botschaft in Brüssel, um gegen die Verletzung der Menschenrechte in der Türkei zu demonstrieren.

15. Febr.: Das Büro der Sozialistischen Partei Belgiens gibt ein Kommuniqué heraus, in dem die Verteidigung des türkischen Militärregimes durch den NATO-Generalsekretär kritisiert wird.

18. Febr.: Beim Kongreß des Weltgewerkschaftsbundes in Havannah haben Vertreter aus verschiedenen Ländern die Repressalien gegenüber der türkischen Gewerkschaftsbewegung verurteilt.

18. Febr.: Der Stadtrat der belgischen Stadt Courcelles, Roger Romain (BCP), forderte vom Rat, seine Ehrungen aufzuheben zugunsten der Unterstützung von Opfern der Unterdrückung in der Türkei.



19. Febr.: Die Int. Menschenrechtsvereinigung enthüllte konkrete Beispiele und Statistiken zur Verletzung der Menschenrechte in der Türkei (s. den Abschnitt „Staatsterror“ und „Folterungen“).

25. Febr.: Der Arbeiterweltbund hat Protesttelegramme gegen die Verhaftung Orhan Apaydins und seiner Kollegen an die Verantwortlichen in der Europakommission, im Europarat, im Europäischen Parlament und im Int. Arbeits-Ministerium gesandt.

26. Febr.: Die Int. Vereinigung Demokratischer Juristen gab ein Kommuniqué heraus, in dem gegen die Verhaftung des Vorsitzenden der Istanbuler Bar-Vereinigung (Istanbuler Anwaltskammer), Orhan Apaydin, protestiert und zugleich die Freilassung aller inhaftierten Mitglieder des Türkischen Friedenskomitees gefordert wird.

27. Febr.: In der italienischen Stadt Reggio-Emilia hat die Kommunistische Partei eine Protest-Versammlung organisiert gegen Unterdrückung in der Türkei und in El Salvador.

## EINWANDERUNG

Ein türkischer Arbeiter, Abdülbaki Öztürk, bekam bei der Europäischen Menschenrechtskommission Recht. Der Oberste Gerichtshof entschied, daß ausländische Arbeiter nicht dazu verpflichtet sind, den deutschen Gerichten Übersetzungsgebühren zu bezahlen. (H-12.1.)

Ein älterer türkischer Arbeiter mußte in Braunschweig sterben, weil der Notdienst ihm nicht rechtzeitig einen Krankenwagen zum Transport ins Krankenhaus schickte. (T-13.1.)

In Frankfurt streikten 500 türkische Arbeiter als Video-Color von 600 Arbeitern 368 entließ. (M-14.1.)

5 illegal in Ludwigshafen arbeitende Türken wurden wieder ausgewiesen. (M-14.1.)

Bundespräsident Carstens empfing den türkischen Arbeiter Yildirim Uyar. (H-15.1.)

In der süddeutschen Stadt Friemann explodierte während des Gebets vor der Tür der Moschee eine Bombe. (M-16.1.)

Die Zahl der arbeitslosen Türken in der Bundesrepublik Deutschland erreichte 87 130 (M-18.1.)

Um eine türkische Familie aus ihrer Wohnung zu vertreiben, wurden ihre Mitglieder von dem Hauseigentümer in Bonn angegriffen und ihre Möbel zerstört. (M-19.1.)

Die Bundesregierung hat das Höchstalter für die Gewährung eines Kinderzuschusses von 18 auf 16 herabgesetzt. (T-20.1.)

8 Professoren der Universitäten München, Mainz, Gießen, Düsseldorf und Bochum haben in einem Papier die Rücksendung ausländischer Arbeiter und die Nichtzulassung ausländischer Studenten zu deutschen Hochschulen gefordert. (M-20.1.)

Frankreich gab für etwa 5 000 illegal im Land arbeitende Türken Aufenthaltsgenehmigungen heraus. (T-29.1.)

35 türkische Arbeiter sind in Basel (Schweiz) in einen Hungerstreik getreten, um für Arbeitsgenehmigungen zu kämpfen. (H-29.1.)

In einem türkischen Restaurant in Paris begannen 4 Türken einen Hungerstreik. (H-31.1.)

Frankreich wird noch weitere 4000 Arbeiterlaubnisse für illegal eingewanderte Türken ausstellen, wird jedoch 31000 des Landes verweisen. (T-31.1.)

Die Schweizer Polizei vertrieb 11 in den Hungerstreik getretene illegal eingewanderte türkische Arbeiter in Basel. (H-31.1.)

Türkische Familien in Deutschland erhalten Drohbriefe von Rassisten. In Berlin ist die Zahl der Türken auf 118347 angewachsen. (M-4.2.)

Bei dem Bau eines Fernsehturms in Frankfurt traten 45 Arbeiter, 7 davon Türken, in den Streik. (H-5.2.)

Die Bundesregierung sagte, ihre Ausländerpolitik solle deren Zahl für die Zukunft begrenzen, während die bereits jahrelang hier Lebenden assimiliert werden sollten. (DN-6.2.)

An der Kreuzung Kurfürstendamm/Joachimsthaler Strasse in Westberlin griffen etwa 100 deutsche Jugendliche 10 türkische Bewohner an und forderten „Türken raus!“ 4 Jugendliche wurden festgenommen. (M-8.2.)

Brüssels Generalvikar startete eine Antirassismus-Kampagne in Belgien. Am Anfang stand ein Hungerstreik einer Gruppe von Christen in der Kirche Sankt Marien in Schaarbeek. (DR-6.2.)

Tausende nahmen in München an einer gegen Ausländerfeindlichkeit gerichteten Massendemonstration teil Die rassistische Erklärung von 15 Hochschullehrern wurde als Zeichen eines wiedererwachenden Nazismus gewertet. (M-8.2.)

Etwa 800 Arbeiter der Oranstein-Koppel-Gesellschaft in Dortmund, darunter 60 Türken, streikten wegen einer Kürzung ihres Gehalts.

Die Verteilung türkischer Arbeiter auf die verschiedenen Beschäftigungssektoren in Deutschland: 62,7 % Energieerzeugung/Bergbau; 34 % Industrielle Produktion; 24,3 % Landwirtschaft, Forstbetrieb, Fischfang; 21 % beim Bau. (T-13.2.)

1981 wurden in europäischen Ländern 52286 türkische Kinder geboren, davon 36070 in der Bundesrepublik. (G-16.2.)

Der CDU-Vorsitzende Kohl hat vorgeschlagen, ausländische Arbeiter mit einer Entschädigungssumme in ihre Heimatländer zurückzuschicken. (T-19.2.)

Um in der BRD Rassismus und Ausländerfeindlichkeit zu verhindern, haben 12 Universitätsprofessoren, 22 Juristen, 130 Lehrer, 145 Staatsbeamte, 11 Gewerkschaftsfunktionäre und 7 Schulrektoren in Bochum eine Unterschriftensammlung gestartet. (M-22.2.)

Der Nationale Sicherheitsrat hat beschlossen, in europäischen Staaten „türkische Häuser“ zu errichten, um „türkische Arbeiter vor gefährlichen Strömungen zu schützen und sie um kemalistische Prinzipien zu vereinen“. Mit derselben Zielsetzung wurde die Errichtung re-

ligiöser Stiftungen zur Kontrolle türkischer Moscheen im Ausland beschlossen. Hierbei sollen die „türkischen Häuser“ mit diesen religiösen Stiftungen eng zusammenarbeiten. (H-28.2.)

Die türkische Regierung hat alle Arbeitsämter angewiesen, keinen Arbeiter ohne vorhergehende Sicherheitsüberprüfung in ein anderes Land zu entsenden. (T-22.2.)

Die Anzahl der um Asyl ersuchenden türkischen Bürger in der BRD sank von 57913 im Vorjahr auf 6302 im Jahre 1981. Dies hängt zusammen mit der Einführung von Visa für türkische Staatsbürger seit November 1980. (M-20.2.)

Quellen: C-Cumhuriyet, H-Hürriyet, M-Milliyet, T-Tercüman, DN-The Turkish Daily News, G-Günaydin

Nachdruck von Artikeln unter Quellenangabe „Info-Türk“ erlaubt

Außer dem monatlichen Informationsblatt „Info-Türk“ (in 4 Sprachen) sind nachstehende Bücher in verschiedenen Sprachen von „Info-Türk“ veröffentlicht worden:

#### ENGLISCH

MONTHLY BULLETIN INFO-TÜRK (Annual subscription) . . . . .	500 FB
On the Mission of the Council of Europe to Turkey (1982) . . . . .	50 FB
One Year of the Fascist Military Dictatorship in Turkey (1981) . . . . .	500 FB
5-Year Collection of the Bulletin Info-Türk (1976-1981) . . . . .	2000 FB
Massacre in Ankara, WHY? (1978) . . . . .	50 FB
Turkey on Torture - Democratic Resistance of Turkey (1973) . . . . .	150 FB
File on Turkey - Democratic Resistance of Turkey (1972) . . . . .	1000 FB
Man Hunts in Turkey - Democratic Resistance of Turkey (1972) . . . . .	250 FB

#### FRANZÖSISCH

BULLETIN MENSUEL INFO-TÜRK (Abonnement annuel) . . . . .	500 FB
La Liberté de Pensée "à la militaire" (1982) . . . . .	50 FB
Seul Pays Européen Sous la Dictature Fasciste Militaire (1981) . . . . .	200 FB
Collection de 5 ans de Bulletin Info-Türk (1976-1981) . . . . .	2000 FB
Un an de Dictature Fasciste Militaire en Turquie (1981) . . . . .	500 FB
Massacre à Ankara, Pourquoi? (1978) . . . . .	50 FB
Chansons et poèmes (français/turc) (1976) . . . . .	50 FB
Album des Affiches de Résistance (1974) . . . . .	150 FB

#### TÜRKISCH

Türkiye'de NATO Darbesi . . . . .	60 FB
Türkiye NATO'dan Çıkmalıdır . . . . .	60 FB
Göçmen İşçi Sorunu (Türkiyeli Göçmen İşçiler) . . . . .	60 FB
Uluslararası Sendikacılık Hareketi . . . . .	60 FB
Komünizm Nedir (Sorular ve cevaplarla) . . . . .	100 FB
İşçi Sınıfı Hareketi'nde Sapmalar . . . . .	100 FB
Marksizm Üzerine - Lenin . . . . .	60 FB
Soğuk Savaş Kışkırtması . . . . .	60 FB
Emperyalizmin Yeni Siyaseti . . . . .	60 FB
Türkiye'nin Ulusal Savunma Kavramı . . . . .	60 FB
Bağılantısız Ölkeler Hareketi . . . . .	60 FB
Savaş Üzerine . . . . .	60 FB
Ordu Üzerine . . . . .	60 FB
Pekin Militarizmi . . . . .	60 FB
Türkiye Üzerinde Haşhaş Tuzağı . . . . .	60 FB
Mustafa Suphi, Kavgası ve Düşünceleri . . . . .	60 FB
Mustafa Suphi ve Yoldaşları . . . . .	60 FB
Fransız Solunun Ortak Programı . . . . .	100 FB
Kaçak (Anadolu'dan Hikayeler) . . . . .	60 FB
Arnigo (Anti-faşist çocuk kitabı) . . . . .	60 FB
Slav Halk Masalları (Resimli çocuk kitabı) . . . . .	60 FB
Lenin (Resimli çocuk kitabı) . . . . .	60 FB
Tip'in Birinci Onyılı (1961 — 1971) . . . . .	120 FB

Diese Bücher sind zu beziehen bei:

COLLECTIF TURC D'ÉDITION ET DE DIFFUSION

13/2 Square Wiser — 1040 Bruxelles / Belgien

Tel.: 230 34 72

Postscheckkonto: Info-Türk - CCP 000-1168701-45 - Bruxelles/Belgique